

Gemeinderat 18.12.2014 – Haushaltsrede der Linken Liste Konstanz

Werte Gäste, Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen,

Bevor ich unsere Haltung zum vorliegenden Haushaltsentwurf darlege, einige Bemerkungen vorab. Die Linke Liste ist mehr als befremdet über die unlängst getroffene Entscheidung, Gegenstand der Haushaltsberatungen sei ab sofort nicht mehr der von seiner Stadtverwaltung vorgelegte Entwurf eines Doppelhaushalts für die Jahre 2015 und 2016, sondern nur noch der Etat für das kommende Jahr. Als Grund wurde angegeben, 2016 werde die Stadt angesichts der geplanten städtischen Investitionen und zu erwartender niedriger Einnahmen in eine „schwierige Situation“ geraten.

Mit Verlaub: Wir halten diese Ankündigung für eine Missachtung des Gemeinderats. Herr Oberbürgermeister: So darf eine städtische Exekutive nicht mit der gewählten Vertretung der Bürgerinnen und Bürger umgehen, schon gar nicht, wenn es um das sogenannte parlamentarische „Königsrecht“ geht. Herzlichen Dank übrigens dafür, dass wir hunderte von Seiten lesen durften, die jetzt kaum mehr relevant sind. So habe ich mir mein Ehrenamt schon immer vorgestellt.

Das Lamento über drohende „schwierige Zeiten“ dient ja erklärtermaßen dem Zweck, den Rat und die Bevölkerung darauf einzustimmen, dass ab dem kommenden Jahr „grundlegend“ über die städtischen Finanzen gesprochen werden müsse. Im Klartext: Seht her Leute, es steht so schlimm, einen Haushalt für 2016 kriegen wir nicht gebacken, also stellt euch schon mal auf schmerzhaftes Einschnitte ein. Und diese gibt es, und zwar nicht zu knapp.

Damit zum vorliegenden Restentwurf für das nächste Jahr und die mittelfristige Finanzplanung. Wobei sich natürlich die Frage aufdrängt, wie ernst die überhaupt noch genommen werden kann, wenn doch eigentlich erst kommendes Jahr konkret über Geld gesprochen werden soll. Aber sei's drum, wir müssen von den Zahlen ausgehen, die uns die Verwaltung vorgelegt hat.

Wenden wir uns zunächst einem der drängendsten Probleme zu, dem sich die Bürgerinnen und Bürger in Konstanz gegenübersehen: In dieser reichen Stadt herrscht, das ist mittlerweile allen klar, eine erdrückende **Wohnungsnot**, die nicht nur die Ärmsten trifft, sondern zunehmend weit in die vielzitierte „Mitte der Gesellschaft“ hineinreicht. Daraus resultiert das „Handlungsprogramm Wohnen“, das inzwischen in keiner Sonntagsrede mehr fehlen darf.

Dass auf diesem Feld endlich etwas geschieht, ist zu begrüßen. Wir bezweifeln jedoch, dass die bisherigen Maßnahmen ausreichend sind, die Wohnungsnot zu beseitigen. Immerhin haben selbst Stadtspitze und bürgerliche Ratsmehrheit erkannt, dass es sich hier in erster Linie um eine soziale Frage handelt. Doch vor den Konsequenzen aus dieser Erkenntnis scheut man zurück. Denn nach wie vor zielt das Programm vor allem darauf ab, privaten Investoren gute Geschäfte zu verschaffen und die erzielt man in den seltensten Fällen mit dem Bau von Sozialwohnungen. Völlig zu Recht hat der Mieterbund Bodensee Mitte November auf diese Schieflage des Programms hingewiesen. Der Kollege Herbert Weber sagte dazu, ich zitiere: „Wir brauchen ausreichend sozialen Wohnungsbau in Konstanz“. Wenn nur im oberen Preissegment gebaut werde, entlaste dies den Markt nicht. Denn Konstanzer mit durchschnittlichen Einkommen können diese Mieten gar nicht bezahlen. Mindestens ein Drittel aller neuen Wohnungen, also doppelt so viel wie die Stadt plant, müssten im günstigsten Preissegment entstehen. Wohl wahr. Das fordert die Linke Liste ebenfalls seit Jahren.

Eine solche Forderung könnte nur erfüllt werden, wenn vor allem der städtischen Wohnungsbaugesellschaft WOBAK endlich ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt würden. Doch das sieht dieser Haushalt nicht vor. Für die Kostenstelle Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen nach Städtebauförderungsgesetz sind gerade mal 1,95 Millionen Euro eingeplant, für Wohnungsbauförderung und Wohnungsfürsorge lediglich 160.000 Euro. Selbst wenn natürlich in anderen Posten indirekt Ausgaben vorgesehen sind, die im Zusammenhang mit dem Handlungsprogramm Wohnen stehen – eine entschiedene Vorgehensweise gegen die Wohnungsnot sieht unserer Meinung nach anders aus.

Wir haben schon bei der Debatte um den letzten Nachtragshaushalt darauf verwiesen: Angesichts der dramatischen Situation ist ein radikaler Bruch mit der Marktlogik in der Wohnungspolitik erforderlich. Wir treten dafür ein, dass sich die Stadt an den sozialen Interessen der zahlreichen Bürgerinnen und Bürger orientiert, die gegenwärtig völlig überhöhte Mieten zahlen müssen oder überhaupt keine Bleibe mehr finden.

Was für die fehlende Entschlossenheit in Sachen Wohnungsbaupolitik gilt, trifft auf den Ausbau der **sozialen Infrastruktur** insgesamt zu. Das mit Bundesmitteln geförderte Projekt Soziale Stadt im Berchengebiet hat gezeigt, dass mit vergleichsweise bescheidenem Aufwand auch dank der Initiative von Bürgerinnen und Bürgern große Verbesserungen erreicht werden können. Dieses Vorzeigeprojekt kann als Blaupause für andere Problemquartiere der Stadt dienen. Auch in anderen Stadtteilen gibt es soziale Brennpunkte, beispielsweise im Quartier Pfeifferhölzle oder auch in Petershausen. Doch nach Auslaufen des Bundesprogramms hat man im Rathaus offenbar beschlossen, solche Ansätze stillschweigend zu beerdigen. Selbst die bescheidenen Mittel (nach unserer Rechnung handelt es sich um weniger als 5 Millionen), die im Berchengebiet noch erforderlich wären, um die dortigen Pläne fortzuführen – darunter ein Kindertreff und ein Bewohnerzentrum, sind auf die Jahre nach 2020, und damit auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben.

Überhaupt kommt das **Thema Armut**, das auch in unserer Stadt ein drängendes Problem ist, in den Diskussionen um die städtische Finanzplanung bestenfalls am Rande vor. Dabei ist die Bekämpfung von Armut in allen ihren Ausprägungen nicht zuletzt auch eine Aufgabe auf kommunaler Ebene. Wir wollen, dass auch arme Menschen in dieser Stadt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und menschenwürdig leben können. Um geeignete Maßnahmen ergreifen zu können, muss man die Situation kennen, in der sich diese Menschen befinden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass der vor langen Jahren abgeschaffte Armutsbericht endlich wieder eingeführt und aktualisiert wird. Denn um den unterschiedlichen Formen von Armut aktiv begegnen, geeignete Gegenstrategien entwerfen und vorausschauend planen zu können, ist eine differenzierte Kenntnis der Lage der davon Betroffenen unerlässlich.

Zu den wichtigen Angeboten im sozialen Bereich gehört auch der **Sozialpass**, der – so schlimm es ist, dass es ihn geben muss – ein Erfolgsmodell geworden ist, nicht zuletzt dank des beständigen Engagements der Linken Liste. Dass er in den vergangenen Jahren ein wenig erweitert wurde, begrüßen wir angesichts der steigenden Armut natürlich. Allerdings besteht aus unserer Sicht noch zusätzlicher Handlungsbedarf. Es findet unsere Zustimmung, dass nun endlich auch Kinder vergünstigt Bus- und Fähre fahren können, das war in der Tat überfällig. Aber warum dieser Tarifschub? Einzelfahrscheine für den Bus sind nicht mehr ermäßigt zu bekommen, Hin- und Rückfahrt aber doch, jeweils zu unterschiedlichen Konditionen für Erwachsene und Kinder. Keine Ermäßigungen in der Regel auch beim Umweltticket, der persönlichen Halbjahreskarte usw. usf.

Aber gerade Mobilität ist für Menschen mit geringem Einkommen von zentraler Bedeutung, um ihrer schwierigen existentiellen Situation im sprichwörtlichen und tatsächlichen Sinn zu entkommen. Wir treten daher dafür ein, dass Sozialpassberechtigte kostenlos den ÖPNV nutzen können – das wäre ein erster und wichtiger Schritt auf dem Weg zur kostenfreien Nutzung des städtischen Mobilitätsangebots für alle. Und das sollte schlußendlich unser Ziel sein.

Kommen wir zu einem anderen wichtigen Bereich städtischer Aufgaben der Daseinsvorsorge, der **frühkindlichen und schulischen Bildung**. Die von der Stadt auf diesem Feld unternommenen Anstrengungen könnte man tatsächlich als eine der Erfolgsgeschichten der Konstanzer Kommunalpolitik bezeichnen. Dabei, Kolleginnen und Kollegen, darf allerdings nicht vergessen werden, dass die Stadt hier durch gesetzliche Vorgaben der Bundes- und Landespolitik gar nicht umhin kam, als tätig zu werden. Die Linke Liste hat in den letzten Jahren alle Maßnahmen unterstützt, die zu einer Verbesserung beim Angebot an Kita- und Kindergartenplätzen geführt

haben. Sie hat alle Projekte mitgetragen, die der Sanierung maroder Schulen und anderer Bildungseinrichtungen dienen. Sie unterstützt ausdrücklich alle Investitionen, die dem Aufbau der Gemeinschaftsschule dienen. Für uns ist aber klar, das mit den fraglos erzielten Verbesserungen nur Teilziele erreicht sind. Auf keinen Fall darf man sich auf diesem Status Quo ausruhen. Wenn die Verwaltung jetzt andeutet, man müsse beim weiteren Ausbau der Kita-Plätze auf die Bremse treten, schrillen bei uns alle Alarmglocken. Wir messen die Stadt an den von ihr im vergangenen Jahr selbst formulierten Ansprüchen, die von einer Kleinkinder-Betreuungsquote von 43 Prozent bis 2016 ausgehen. Das darf aus unserer Sicht nicht in Frage gestellt werden. Deshalb von unserer Seite auch ein klares Nein für alle Pläne, den weiteren Ausbau auf die Jahre nach 2020 zu vertagen.

Zu der wehen Klage, die regelmäßig angestimmt wird, wenn es um die städtischen Ausgaben geht, gehören die **Personalkosten**. Die Stadt verweist auch diesmal darauf, dass sie seit 2011 insgesamt 60 neue Stellen eingerichtet hat und beschwört den Gemeinderat jetzt, die Zügel anzuziehen. Dass diese neuen Stellen eine Folge der gewachsenen Aufgaben sind, die vor allem im Bildungsbereich erfüllt werden müssen, wird meist nicht erwähnt. Der vorliegende Haushaltsentwurf sieht vor, nicht einmal ein Drittel der aus den Fachabteilungen beantragten 28,35 zusätzlichen Stellen zu genehmigen. Und das soll unter dem Strich auch noch, wie es in der Vorlage heißt, „stellenneutral“ stattfinden. Dazu will die Verwaltung „an anderen Stellen Aufgaben reduzieren“ – wie das angesichts gewachsener Aufgabenfülle gehen soll, bleibt das Geheimnis des zuständigen Personal- und Organisationsamtes. Zu erwartende Folge wird eine weitere Verdichtung der Arbeit der Beschäftigten sein.

Tatsächlich arbeiten die Beschäftigten schon längst am, wenn nicht über dem erträglichen Limit. Das ist nicht nur unverantwortlich gegenüber dem städtischen Personal, sondern auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die auf die Serviceleistungen der Stadt angewiesen sind. Aus den Ämtern kommen immer häufiger Klagen, dass anstehende Aufgaben nicht termingerecht und im notwendigen Maß erledigt werden können, und deshalb – meist für teuer Geld – nach außen vergeben werden müssen. Das sagt aus unserer Sicht alles über die Personalsituation.

Dazu kommt, dass die Stadt die Befristung aller seit 2013 eingerichteten Stellen erneut bis mindestens ins Jahr 2016 verlängern will. Auch das ist für uns inakzeptabel. Befristete Beschäftigung bedeutet existentielle und finanzielle Unsicherheit für die Betroffenen – daher treten wir uneingeschränkt für die Schaffung von sicheren Beschäftigungsverhältnissen ein. Gerade die Stadt als öffentlicher Arbeitgeber hat hier eine Vorbildfunktion, die sie auch erfüllen sollte.

Alles schön und gut, wird so Mancher jetzt zähneknirschend einwenden, aber wer soll das alles bezahlen, woher kommt das Geld?

Es gibt durchaus Möglichkeiten, auf städtischer Ebene die Einnahmen zu verbessern. Eine solche Maßnahme könnte beispielsweise die Erhöhung der Hebesätze der **Gewerbsteuer** sein. Ein Gedanke übrigens, den die Fraktionen im Radolfzeller Gemeinderat kürzlich aufgegriffen haben. Dort hat man nämlich geschlossen für eine Gewerbesteuererhöhung votiert. Für Konstanz würde schon eine Anhebung von jetzt 390 auf 400 oder 410 Punkte die städtischen Einnahmen um mindestens 1 bis 2 Millionen im Jahr verbessern. Ein Blick auf Städte wie Heidelberg (400 Punkte), Heilbronn (400 Punkte), Karlsruhe (410 Punkte) und Freiburg (420 Punkte) zeigt, dass eine solche Maßnahme keineswegs dazu führt, dass Unternehmen scharenweise den Standort wechseln. Konstanz wächst nicht zuletzt deshalb, weil es der Wirtschaft eine hervorragende Infrastruktur bietet, über exzellente Kooperationspartner verfügt und für viele Unternehmen auch sonst interessante Standortfaktoren aufweist.

Die Linke Liste ist natürlich auch nicht prinzipiell gegen Einsparungen. Uns fallen da als erstes ganz generell die Millionen ein, die Jahr für Jahr für sogenannte **externe Beratungen und Gutachten** an private Unternehmen ausgegeben werden. Aus unserer Sicht geschieht das viel zu häufig, die nötigen Untersuchungen könnten meistens genauso gut von den zuständigen Fachämtern erledigt

werden, wenn, ja wenn man sie endlich auch personell vernünftig ausstattet.

Dass solche externen Gutachten nicht unbedingt bessere Ergebnisse erzielen, zeigt übrigens anschaulich der Schlamassel, den PWC mit seiner grottenfalschen Bewertung der Vermögenssituation des Gesundheitsverbands den beteiligten Städten eingebrockt hat. Auch Ausgaben für so exotische Ideen wie beispielsweise die Studie über die Seilbahntauglichkeit einer weitgehend ebenerdig gelegenen Stadt halten wir auf jeden Fall für verzichtbar. Und die Dauerfinanzierung von Prestigeprojekten wie der chronisch defizitären Katamaran-Linie, in die wir Jahr für Jahr mehrere hunderttausend Euro pumpen, können wir uns durchaus als Streichobjekt vorstellen.

Nur wiederholen können wir uns mit unseren Einsparvorschlägen beim **Konziljubiläum**, für das insgesamt rund 6 Millionen Euro zu Buche stehen. Wir haben von Anfang an erklärt, dass wir die gewünschte Signalwirkung für diese teure Dauerfeier über vier lange Jahre hinweg für völlig überschätzt halten. Wir haben unsere Kritik in den vergangenen Jahren mehrfach formuliert und ich will sie hier nicht erneut zum Besten geben. Wir haben aber auch mehrfach konstruktive Vorschläge eingebracht, die aber in der Regel an der Schreibtischkante von Frau Bader ergebnislos abtropften. Kurzum - wir bleiben dabei: Für dieses Jubiläum wären 2 Millionen Euro mehr als genug gewesen.

Der unserer Auffassung nach entscheidende Grund für die prognostizierte finanzielle Schieflage des Haushalts liegt nicht nur in den Ausgaben für Investitionen im Sozialbereich oder bei den Personalkosten. Das vom Oberbürgermeister für 2016 vorausgesagte Defizit von rund 17 Millionen plus X ist eng mit dem **Veranstaltungshaus** verbunden. Bemerkung am Rande: Bei Ihrer Namenssuche für den Glaskasten am Seerhein kursiert in der Bevölkerung mittlerweile der Begriff „Centro-Dermatitis“. Wie wir alle wissen, ist die Haut der Spiegel der Seele.

Ist vom Centrotherm die Rede, verspüren immer mehr Konstanzerinnen und Konstanzer spontanen Juckreiz und das aus gutem Grund. Das Vorhaben am Seerhein hängt jetzt schon wie ein beidseitig scharf geschliffenes Damoklesschwert über unserer Stadt und wird die kommenden Haushaltsdebatten- entscheidungen über Gebühr beeinflussen – und zwar negativ. Von wegen Jahrhundertchance – wer das glaubt, wird sicher nicht selig.

In seiner Rede zum Doppelhaushalt 2013/14 hat der damals noch ziemlich frischgebackene Oberbürgermeister folgende bemerkenswerte Äußerung zum Projekt Veranstaltungshaus gemacht. Ich zitiere wörtlich: „Bis Ende 2014 werde ich, was dieses Thema angeht, ausschließlich zuhören. Dazu gehört auch, ein Konzept der Bürgerbeteiligung zu erarbeiten, bei dem nicht nur Lobbygruppen oder die Lautesten sich Gehör verschaffen können, sondern die gesamte Bürgerschaft die Möglichkeit hat, ihre Ansichten, Wünsche und Kritik in gleichem Maße vernehmbar zu äußern.“ Zitat Ende.

Dazu sage ich: Hätten Sie sich doch an Ihre Versprechungen gehalten. Stattdessen haben Sie all das in die Wege geleitet, was Sie nach Ihren eigenen Worten überwiegend vermeiden wollten. Im Schweinsgalopp haben Sie zusammen mit den Wirtschaftslobbyisten von der IHK und anderen Lautsprechern ohne nennenswerte Bürgerbeteiligung den Kauf des Centrotherm-Gebäudes durch die Gremien gepeitscht. Das von Ihnen und einer erdrückenden Gemeinderatsmehrheit beschlossene Projekt schlägt jetzt im Haushalt mit 18 Millionen Euro zu Buche und verursacht maßgeblich das beklagte Defizit. Und dass es bei diesen 18 Millionen nicht bleiben wird, zeigen alle Erfahrungen mit solchen Projekten nicht nur in Konstanz. Und eines dürfte Ihnen auch klar sein: Ein Konzerthaus auf dem Nachbargrundstück ist unter 40 Millionen aufwärts nicht zu bekommen. Fangen Sie schon mal an zu sammeln, das scheint hier ja mittlerweile in Mode zu kommen. Für das Musik- oder Konzerthaus können Sie ja schon mal bei Hartmut Mehdorn nachfragen, der hat ab sofort wieder Zeit und wäre als Projektleiter allererste Wahl.

Die Linke Liste hatte im Mai als einzige Rats-Gruppierung vor den negativen finanziellen Folgen

dieser Entscheidung gewarnt – jetzt bekommen die Kongress- und Konzerthaus-Enthusiasten für ihre abenteuerlichen Pläne, deren Lasten schließlich die Steuerzahler zu tragen haben, eine erste Quittung. Ich befürchte, dass es leider nicht die letzte sein wird.

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen:

Ich komme zum Schluß. Nach meinen Ausführungen sollte klar sein, dass die Linke Liste Konstanz dem vorliegenden Haushalt und der mittelfristigen Finanzplanung nicht zustimmen wird. Das Zahlenwerk wird den Anforderungen vor allem im Wohnungs- und Sozialbereich nicht gerecht und stellt den weiteren Kita-Ausbau zur Disposition, um nur wenige Beispiele zu benennen. Auch eine Verbesserung der angespannten Personalsituation ist für uns nicht erkennbar. Kurz und schlecht: Zu diesem Haushalt, wie er uns hier vorliegt, kommt von der Linken Liste ein klares Nein.

Holger Reile

Es gilt das gesprochene Wort.